

Petitionstext an den Deutschen Bundestag

Hiermit fordern wir den Deutschen Bundestag auf, Frau Dr. Angela Merkel zu beauftragen, ihrer Verantwortung gemäß §34 GG nachzukommen, und Herrn Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer umgehend aus seinem Amt zu entlassen, da er die ihm obliegenden Dienstpflichten nicht erfüllt. Nach Artikel 34 unseres Grundgesetzes, liegt dies in Ihrer Verantwortung!

Begründung:

Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer hat es nicht vermocht, noch war er gewillt, Schaden von den Bürgern der Bundesrepublik Deutschland abzuwenden. Damit bricht er seinen Amtseid und handelt nicht verfassungskonform. Er ignoriert die Einschätzung der Experten des Klimaschutzes und der Polizei.

Stärken Sie das Vertrauen der Bürger in unsere Verfassung, indem Sie jetzt konsequent handeln. Verhindern Sie, dass sich weitere Bürger von der Politik abwenden, Politikverdrossenheit eintritt, oder Bürger seinem Beispiel folgend ebenfalls Gesetze flexibel auslegen. Politiker müssen Vorbilder sein.

Die Unfähigkeit eigene Fehler einzusehen und sie entsprechend zu korrigieren, sowie der Verzicht auf Konsequenzen seitens der Bundesregierung, schaden dem Vertrauen der Bürger in unsere Politiker. Als Minister des Bundesverkehrsministeriums/ Kraftfahrtbundesamtes (KBA) hat Herr Scheuer in mehrfacher Hinsicht versäumt, Schaden von Bundesbürgern abzuwenden. Seine Entscheidungen in Gesetzgebungsfragen traf er unter Missachtung fachlicher Erkenntnisse und Expertise. Damit handelt er verantwortungslos und fahrlässig, was tödliche Folgen haben kann und hat. Den Schaden, den er darüber hinaus dem Vertrauen der Bürger an Demokratie zufügt, ist unermesslich.

Fördern Sie die Glaubwürdigkeit von Politik, entlassen Sie Herr Scheuer.

GG Art 34

Verletzt jemand in Ausübung eines ihm anvertrauten öffentlichen Amtes die ihm einem Dritten gegenüber obliegende Amtspflicht, so trifft die Verantwortlichkeit grundsätzlich den Staat oder die Körperschaft, in deren Dienst er steht. (...).

Als Minister des Bundesverkehrsministeriums hat Herr Scheuer, entsprechend den u.s. Paragraphen des Grundgesetzes, einen Dienstseid geleistet.

Darin hat er geschworen, dass er seine „Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, **Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde.**“ Diesen Eid hat er wiederholt gebrochen.

- Das von Herrn Scheuer geleitete Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) hat über viele Jahre seine Sorgfaltspflicht, in Bezug auf die Kontrolle der Zulässigkeit von Fahrzeugen, nicht erfüllt.

- Selbst nach Kenntnisnahme von Verschleierungssoftware des realen Schadstoffausstoßes der betroffenen Fahrzeuge, wurden keine hinreichenden Maßnahmen ergriffen, die den sofortigen Stopp dieser rechtswidrigen Praxis beendet hätten.
- Die von Herrn Scheuer forcierte PKW Maut wurde vor Prüfung auf Konformität mit geltendem EU Recht vorangetrieben. Voreilig geschlossene Verträge verursachen der Allgemeinheit hohe Kosten. In diesem Zusammenhang hat Herr Scheuer versucht Zeugenaussagen zu seinen Gunsten zu beeinflussen
- Das KBA wurde zur Bewerbung von Fahrzeugen aus deutscher Produktion missbraucht.
- Der Radverkehr wird, trotz Gleichstellungsgebot, dem PKW-Verkehr bis heute nicht gleichwertig gefördert.
- Ausbau und Erhalt des Bahnverkehrs wurden sträflich vernachlässigt
- Wiederholt geforderte Gesetzesänderungen zu Fahrtauglichkeitsprüfungen von Senioren, wie in anderen Ländern längst üblich, wurden durch ihn verhindert.
- Die Umweltbelastung durch Flugverkehr (Kerosinablass im Notfall, Lärmemissionen, CO2 Anfall, etc.) werden nicht angemessen bewertet.
- Ein generelles Tempolimit auf Autobahnen, welches Experten zur Reduktion von CO2 vorschlagen, wurde von Herr Scheuer verhindert. Auch die Bewertung der Polizeibehörden bezgl. positiver Effekte des Tempolimits auf Unfallgefahren wurden ignoriert.
- Eine willkürliche EU rechtswidrige Verordnung zum Seerecht, zur Erschwerung von Flüchtlingsrettung durch private Boote, wurde erlassen und später von der EU gekippt.
- Indem er Umweltschutzaktivisten in den Forderungen nach Klimaschutz, durch Straßenbauverzicht, verunglimpft, bricht er seinen Eid, Gerechtigkeit gegen jedermann zu üben.

Die oben genannten Punkte rechtfertigen die sofortige Entlassung des Bundesverkehrsministers. Er ist handelt nicht grundgesetzkonform und ist für eine seriöse Regierung nicht länger tragbar.